

**HESSISCHER LANDTAG**22.01.2021
HHA**Änderungsantrag****Fraktion der Freien Demokraten**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Enquetekommission Gesellschaftlicher Zusammenhang, Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung**

Einzelplan 01 Hessischer Landtag

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 01 01 Landtag
Buchungskreis: 2010

Projektnummer lt. Leistungsplan 3 neu

Bezeichnung lt. Leistungsplan Enquetekommission Gesellschaftlicher Zusammenhang

Veränderung

von **um** auf

Leistungsplan:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+ 500,0	500,0
Produktabgeltung	0,0	+ 500,0	500,0

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Es wird ein neues Projekt 3 mit der Bezeichnung Enquetekommission Gesellschaftlicher Zusammenhang eingeführt.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

In Hessen stieg das extremistische Personenpotenzial laut dem Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hessen im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 600 auf rund 14.000 Personen an. Der größte Zuwachs war dabei im Bereich des rechtsextremistischen Personenpotentials mit einer Steigerung von 1.475 (2018) auf 2.200 (2019) zu verzeichnen. Auch bundesweit ist die rechtsextremistische Szene zuletzt von 24.100 (2018) auf 32.080 (2019) Personen angewachsen. Hessen war darüber hinaus in der Vergangenheit, insbesondere in den letzten zwei Jahren, von rechtsextremen Angriffen betroffen. Diese Fakten sowie die Geschehnisse der vergangenen Jahre zeigen, dass es hinsichtlich der Bekämpfung von Rechtsextremismus einen großen Handlungsbedarf gibt. Rechtsextremismus ist eine ständige Bedrohung unserer offenen und freien Gesellschaft. Die vom ihm ausgehende Gefahr ist ungebrochen hoch. Auf eine solche Entwicklung muss die Politik und die Gesellschaft Antworten finden und sie bis zu ihren Wurzeln bekämpfen. Der Rechtsextremismus muss daher noch stärker in den Fokus der Politik und der Sicherheitsbehörden gelangen. Antisemitismus, Rassismus sowie Fremdenhass können und dürfen unter keinen Umständen toleriert oder ignoriert werden. Allen Formen des Rechtsextremismus und der falsch verstandenen Toleranz muss vielmehr entschieden entgegengetreten werden. Für die erforderliche wissenschaftliche Zuarbeit werden jeder Fraktion im Landtag die Kosten für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter / einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin erstattet. Des weiteren sind Mittel für anfallende Verwaltungskosten in der Gesamtsumme enthalten.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:

René Rock